

Putin signalisiert Interesse an Ukraine-Gesprächen



Tucker Carlson und Präsident Putin im Kreml am 8. Februar 2024

13.02.2024 | MK Bhadrakumar

Das Schöne an dem Interview des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem berühmten amerikanischen Journalisten Tucker Carlson ist, dass für fast jeden etwas dabei ist – für Historiker, die der Vergangenheit ein Denkmal setzen; für Diplomaten, die die Geschichte isolieren und aus dem Zusammenhang reißen; für Spionagemeister, die kalte Krieger waren und immer noch Adrenalin im Blut haben; für Politologen, die sich falsche Narrative ausgedacht haben; und sogar für den einen oder anderen amerikanischen Präsidenten und ganz sicher für einen schillernden britischen Premierminister, die alle möglicherweise Blut an ihren Händen haben.

Carlson erklärte bescheiden, er wolle sich mit Putin zusammensetzen, weil „die meisten Amerikaner nicht darüber informiert sind“, wie der Krieg in der Ukraine „die Welt umgestaltet“.

Im Laufe des [zweistündigen Gesprächs](#) entfaltete sich ein breites Panorama:

- vom Ursprung der Rus' bis zum „künstlichen Staat“ Ukraine;
- von Dostojewski bis zur russischen Seele;
- von der Ablehnung der USA gegenüber dem Wunsch des postsowjetischen Russlands, Teil des westlichen Bündnisses zu werden, bis zur Unterstützung des Separatismus und Terrorismus im Nordkaukasus durch die CIA;
- von der NATO-Erweiterung bis zum Auftauchen ihrer Stützpunkte in der Ukraine;
- von der proaktiven Stationierung von ABM-Systemen durch die USA in Europa bis hin zur Antwort Russlands mit Hyperschallsystemen;

- von der Verwendung des Dollars als Waffe bis zu den Rückwirkungen der Entdollarisierung;
- die zwingende Notwendigkeit für die USA, sich an die geopolitische Realität anzupassen, dass „die Welt sich verändert“.

Das Interview hat das Internet erschüttert und Dutzende Millionen Aufrufe auf X erreicht. Sein Nachhall wird wahrscheinlich auch während des Wahlkampfes bis November anhalten. Der unabhängige Präsidentschaftskandidat Robert Kennedy Jr. schrieb:

Tucker Carlson wird schon seit Tagen verleumdet. Die etablierten Medien und das Establishment der Demokraten sind wütend auf ihn, weil er einfach nur seinen Job macht. Die Amerikaner können mit Gesprächen umgehen, die zum Nachdenken anregen. Wir können mit gefährlichen Gedanken oder konträren Ideen umgehen, die nicht in das MSM-Narrativ passen. Lassen Sie uns selbst entscheiden.

Zweifellos war der Krieg in der Ukraine das Leitmotiv des Interviews. Auf die Frage nach der Aussicht auf Frieden meinte Putin: „Wenn Sie wirklich aufhören wollen zu kämpfen, müssen Sie aufhören, Waffen zu liefern.“ Putin antwortete weiter: „In ein paar Wochen ist es vorbei. That's it.“

Die verlockend einfache Lösung beruht auf Putins Überzeugung, die er seit Beginn des Konflikts im Februar 2022 konsequent vertritt, dass es sich im Kern um einen Bürgerkrieg und einen Bruderkrieg handelt, der Familien, Verwandte und Freunde entzweit hat, was ohne das böswillige, aufdringliche Verhalten westlicher Mächte vielleicht nicht geschehen wäre.

Das Zusammenspiel dreier miteinander verbundener Faktoren könnte die Ursache für Putins zurückhaltende Gelassenheit sein. In erster Linie findet das Interview zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich die Lage auf dem Schlachtfeld zu Gunsten Russlands verändert hat. Auf einer tieferen Ebene unterstreicht der Widerstand im Kongress gegen die Hilfe für die Ukraine den Wandel der Parteidynamik und der Wählerschaft in den USA.

Die Republikanische Partei, die sich einst durch ihre harte Opposition gegenüber Russland auszeichnete, neigt zunehmend zum Isolationismus, und in einigen Kreisen gibt es sogar Sympathien für Moskau.

Wenn die amerikanische Politik in Aufruhr ist, dann liegt das natürlich nicht an Putin, sondern an der Zunahme des Populismus und der Polarisierung der Gesellschaft, also an internen Phänomenen mit historischen Wurzeln. Nach einem jahrzehntelangen parteiübergreifenden Konsens über die Rolle Amerikas in der Welt haben die Globalisierung, der Zustrom illegaler Einwanderer, ausländische Kriege usw. für viele die alte Denkweise in Misskredit gebracht.

Ein zweiter Faktor könnte das in einigen Kreisen in Moskau aufkeimende Gefühl sein, dass Präsident Zelensky zwar „seine Wähler getäuscht“ hat, indem er sich von seinem Mandat zur Beendigung des Konflikts im Donbass abwandte und stattdessen aus Eigeninteresse entschied, dass es „vorteilhaft und sicher ... ist, sich nicht mit Neonazis und Nationalisten anzulegen, denn sie sind aggressiv und sehr aktiv, von ihnen kann man alles erwarten, und zweitens unterstützt der von den USA angeführte Westen sie und wird immer diejenigen unterstützen, die mit Russland verfeindet sind“ – dennoch kann er immer noch mit Moskau verhandeln.

Putin erinnerte an die verblüffende Enthüllung in einem [Interview des ukrainischen Fernsehens](#) durch Davyd Arakhamia, der die Delegation leitete, die im März 2022 in Istanbul mit den russischen Beamten verhandelte, und der das Abschlusssdokument paraphiert hatte: „Nachdem wir aus Istanbul zurückgekehrt waren, besuchte Boris Johnson Kiew und sagte, dass wir nichts mit den Russen unterzeichnen sollten und ‚lasst uns einfach kämpfen‘.“

Arakhamia, der zurzeit Fraktionsvorsitzender der Regierungspartei im ukrainischen Parlament und Top-Berater von Zelensky ist, sagte:

Der Krieg hätte im Frühjahr 2022 beendet werden können, wenn die Ukraine der Neutralität zugestimmt hätte. Russlands Ziel war es, Druck auf uns auszuüben, damit wir uns neutral verhalten. Das war die Hauptsache für sie: Sie waren bereit, den Krieg zu beenden, wenn wir die Neutralität akzeptierten, wie es Finnland einst tat. Und wir sollten uns verpflichten, der NATO nicht beizutreten. Das ist die Hauptsache.

Als dritter Faktor kommt hier wohl der Machtkampf in Kiew und die Absetzung des ehemaligen Oberbefehlshabers der Streitkräfte, General Valery Zalushny, ins Spiel. Bezeichnenderweise gab der Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryschkin am Montag laut einem [Tass-Bericht](#) in Moskau eine Erklärung ab, wonach die USA und ihre G7-Verbündeten wegen Überläufers des ukrainischen Regimes nervös seien und die Idee im Raum stehe, einen Sonderbeauftragten in Kiew zu ernennen, der sicherstellen solle, dass Zelensky sich an die Vorgaben hält. Naryschkin deutete an, dass diese Befürchtungen in den G-7-Hauptstädten begründet sind.

Am Ende des Interviews mit Carlson sagte Putin zum Abschied: „Es gibt Möglichkeiten (für Friedensgespräche), wenn der Wille dazu da ist.“ Er fügte hinzu:

Bis jetzt gab es das Geschrei, Russland eine strategische Niederlage auf dem Schlachtfeld zuzufügen. Jetzt scheinen sie (die NATO) zu begreifen, dass dies schwer zu erreichen ist, wenn überhaupt möglich. Meiner Meinung nach ist es per Definition unmöglich, es wird niemals geschehen. Ich habe den Eindruck, dass nun auch die Machthaber im Westen zu dieser Einsicht gekommen sind.

Wenn dies der Fall ist, wenn die Einsicht eingesetzt hat, müssen sie sich überlegen, wie es weitergeht. Wir sind bereit für diesen Dialog ... genauer gesagt, sie sind bereit, wissen aber nicht, wie sie es anstellen sollen. Ich weiß, dass sie wollen. Es ist nicht nur so, dass ich es sehe, sondern ich weiß, dass sie es wollen, aber sie kämpfen damit, zu verstehen, wie sie es tun sollen ... Nun, lassen Sie sie überlegen, wie sie die Situation umkehren können. Wir sind nicht dagegen.

Die große Frage ist, ob die Regierung Biden in den sauren Apfel beißen wird. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz besuchte am 9. Februar das Weiße Haus. In seinen [Äußerungen in den Medien](#) vor dem Treffen mit Präsident Biden zweifelte Scholz an Putins Absichten und sagte: „Er will den Teil des Territoriums seiner Nachbarn bekommen. Das ist einfach imperialistisch – Imperialismus. Und ich denke, es ist notwendig, dass wir alles tun, um die Ukraine zu unterstützen und ihr die Chance zu geben, ihr Land zu verteidigen.“

Biden seinerseits blieb jedoch zurückhaltend. Später hieß es in einem ausführlichen [Bericht des Weißen Hauses](#), der sich auf die Entwicklungen in Westasien konzentrierte, lediglich:

Präsident Biden und Bundeskanzler Scholz bekräftigten ihre entschlossene Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf gegen den russischen Angriffskrieg. Der Präsident lobte die vorbildlichen Beiträge Deutschlands zur Selbstverteidigung der Ukraine, und Bundeskanzler Scholz betonte die Bedeutung der anhaltenden Unterstützung durch die USA.

Es scheint sehr wahrscheinlich, dass die Biden-Administration den Konflikt mindestens bis November am Leben erhalten will, während ihr Hauptaugenmerk auf westasiatischen Entwicklungen liegt, die einen direkten Einfluss auf die Kandidatur des Präsidenten bei den Wahlen im November haben.